

SPD demokratischer pressediens

P. XXVI, 119

28. Juni 1971

Bausteine für ein kommunalpolitisches Grund-
satzprogramm

Die XI. Kommunalpolitische Bundeskonferenz
der SPD in Karlsruhe

Von Jockel Puchs MdL

Vorsitzender des Kommunalpolitischen Aus-
schusses beim SPD-Parteivorstand und Ober-
bürgermeister von Mainz

Seite 1 und 2 / 72 Zeilen

Initiative für Technologiepolitik

SPD und FDP holen Versäumnisse der CDU und
CSU auf

Von Dr. Volker Hauff SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für
Bildung und Wissenschaft

Seite 3 / 38 Zeilen

Neue Internationale - mit neuem Programm

20 Jahre nach dem Gründungskongreß vom
1. bis 3. Juli 1951

Von Willi Eichler

Seite 4 und 5 / 78 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler
5300 Bonn 9, Heussallee 2-10
Postfach: 9153
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 848/888 8477
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 66 11

Bausteine für ein kommunalpolitisches Grundsatzprogramm

Die XI. Kommunalpolitische Bundeskonferenz der SPD in Karlsruhe

Von Jockel Fuchs MdL

Vorsitzender des Kommunalpolitischen Ausschusses beim
SPD-Parteivorstand und Oberbürgermeister von Mainz

Das Jahr 1971 ist offenbar ein Jahr kommunalpolitischer Hochkonjunktur. Im April gab es eine vielbeachtete kommunalpolitische Arbeitskonferenz der Jungsozialisten in Mannheim. Ende Mai verabschiedete die 15. Hauptversammlung des Deutschen Städtetages in München ihren Appell "Rettet die Städte jetzt". Einen Monat später versammelten sich rd. 800 sozialdemokratische Kommunalpolitiker zur XI. Kommunalpolitischen Bundeskonferenz ihrer Partei in Karlsruhe, konfrontiert mit dem wenige Wochen alten Auftrag des SPD-Parteivorstandes an seinen Kommunalpolitischen Ausschuß, ein kommunalpolitisches Grundsatzprogramm zu erarbeiten und konfrontiert mit dem endlich vom Bundestag verabschiedeten Städtebauförderungsgesetz und der Befürchtung, daß dieses Gesetz durch ein negatives Votum des Bundesrates erneut verzögert werden könnte.

In dieser Situation einer gesteigerten Aufmerksamkeit für die Probleme der Städte und Gemeinden haben die Kommunalpolitiker der SPD in Karlsruhe deutlich gemacht, daß die Gemeinden energisch an die Pforten von Bund und Ländern klopfen. Mit "markigen Worten" allein wird man weniger denn je zufrieden sein; die lösen keines der aktuellen Probleme. Diese Haltung kam in dem offensichtlichen Unbehagen der Konferenzteilnehmer zum Ausdruck, als Bundeswirtschafts- und Finanzminister Prof. Dr. Karl Schiller den finanziellen Engpass der Gemeinden und die Mittel, sich aus ihm zu befreien, allzu stark in konjunkturpolitische Zusammenhänge stellte. Dies wird in den nächsten Wochen mit Sicherheit weiter diskutiert werden und auch den Sonderparteitag der SPD im November in Bonn beschäftigen.

Bundeswohnungsbauminister Dr. Lauritz Lauritzen sprach eine offene Sprache zum Thema Städtebau und Bodenordnung. Er kündigte an, daß es mit dem Städtebauförderungsgesetz nicht sein Bewenden haben könne, sondern daß durch eine Novellierung des Bundesbau-

gesetzes den Kommunen bessere Instrumente zur Beeinflussung der Entwicklung des gesamten Stadtgebietes in die Hand gegeben werden müssen.

Zu Beginn des zweiten Konferenztages fand Bundesverkehr/Postminister Georg Leber den ungeteilten Beifall der Teilnehmer, als er feststellte, daß die Beschaffenheit des Staates im Gesicht der Gemeinden zum Ausdruck kommt. Er forderte daher, daß nach der Sommerpause die Gesetzesvorlagen auf dem Tisch liegen müssen, die den Gemeinden aus der Finanzklemme heraushelfen. Man müsse auch den Mut haben, für mehr und bessere Leistungen der Gemeinden mehr Geld zu fordern.

Die Konferenz machte auch deutlich, daß die Gemeinden nicht länger von der Gesetzgebung des Bundes und der Länder ausgeschlossen werden können. Die Behandlung des Städtebauförderungsgesetzes ist ein Lehrbeispiel dafür, daß die Gemeinden ein Mitwirkungsrecht haben müssen, wenn es um die Gestaltung ihrer Zukunft geht.

Ferner kam zum Ausdruck, daß in zunehmendem Maße die Gefahren gesehen werden, die von einer weiteren Zersplitterung des Gemeinde-rechtes und der kommunalen Verwaltungsstrukturen ausgehen. Es muß ernsthaft geprüft werden, ob es den unkoordinierten Gesetzgebungsinitiativen der Länder überlassen bleiben kann, Regionalstädte, Verwaltungsregionen und Verbandsgemeinden zu bilden oder den bisherigen Verwaltungsaufbau beizubehalten. Die Forderung nach einer Bundesrahmenkompetenz für den kommunalen Bereich wird immer lauter erhoben.

Die lebendige und sachliche Diskussion in den Arbeitsgemeinschaften der Karlsruher Konferenz widerlegte das nicht selten anzutreffende Vorurteil, Kommunalpolitik sei Kirchturmspolitik, die über ihre eigenen Stadtmauern oder Gemeindegrenzen hinauszusehen nicht in der Lage sei. Die in den Arbeitsgemeinschaften vorbereiteten Entschlüsse sind ein Beweis dafür, daß dieses Vorurteil nicht zutrifft.

Diejenigen, die geglaubt hatten, daß die Arbeitskonferenz der Jungsozialisten in Mannheim die Risse in der Kommunalpolitik der SPD nur mühsam gekittet hätte, wurden erneut eines Besseren belehrt. Trotz aller kontroversen Standpunkte wurde sachlich zum Thema diskutiert.

In einer Gesamtbewertung der Konferenz kann festgestellt werden, daß zwei Ziele erreicht wurden: 1/ Vorschläge der Kommunalpolitiker für den Sonderparteitag im November dieses Jahres zu erarbeiten, und 2/ Bausteine und Material für die Arbeit der Kommission am Grundsatzprogramm zu liefern. (-/ex/28.6.1971/ks)

+ + +

Initiative für Technologiepolitik

SPD und FDP holen Versäumnisse der CDU und CSU auf

Von Dr. Volker Hauff SPD-MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Bildung und Wissenschaft

Unmittelbar vor der Sommerpause hatten die beiden Bonner Koalitionsparteien SPD und FDP eine Große Anfrage zur Technologiepolitik im Bundestag eingebracht. Das hat seine guten Gründe. Seit der Regierungsbildung im Herbst 1969 mäkelt die CDU/CSU an der Arbeit des Bundesministeriums für Bildung und Wissenschaft herum. Das gilt insbesondere für die Bildungspolitik. Und gerade die Technologiepolitik wurde von der heutigen Opposition während ihrer ganzen Regierungszeit wie ein Stiefkind behandelt. Die CDU/CSU schwieg zu diesem Thema.

Deswegen haben die Regierungsfractionen SPD und FDP jetzt die Initiative ergriffen. Es ist an der Zeit, die wichtigsten Fragen der technologischen Entwicklung in der Bundesrepublik in einem systematischen Zusammenhang zur Debatte zu stellen. Dabei wird die Bundesregierung die Gelegenheit haben, ihre Vorstellungen über Schwerpunkte und Organisation des "big science" vor dem Deutschen Bundestag vorzutragen.

Viele Bürger in diesem Lande unterschätzen die große Bedeutung der Technologiepolitik für das zukünftige Leben in unserem Gemeinwesen. Nicht ohne Grund hieß es in der Regierungserklärung von Willy Brandt: "Bildung und Ausbildung, Wissenschaft und Forschung stehen an der Spitze der Reformen". Die friedliche Nutzung der Kernenergie kann nur durch staatliche Hilfe vorangetrieben werden. Ähnliches gilt für den schwierigen Bereich für Luft- und Raumfahrt. Und gerade in jüngster Zeit hat die Bundesregierung mit dem Förderungsprogramm für die Datenverarbeitung deutlich gemacht, wie wichtig und bitter notwendig eine Vermehrung und Verbesserung der Ausbildungsplätze für Datenverarbeiter ist. Dies sind nur einige Beispiele. Sie zeigen aber deutlich, daß es hier um Fragen geht, die unser zukünftiges Leben maßgeblich bestimmen werden. Deswegen darf man diese Fragen auch nicht nur den Experten überlassen. Sie müssen in einer breiten Öffentlichkeit kritisch diskutiert werden. Das ist der Sinn dieser Anfrage.

(-/ex/28.6.1971/ks)

Neue Internationale - mit neuem Programm

20 Jahre nach dem Gründungskongreß vom 1. bis 3. Juli 1951

Von Willi Eichler

Die Erste Internationale, die 1864 in London gegründet wurde, und deren hinreißende Inaugural-Adresse ihr "Sekretär für Deutschland", Karl Marx, geschrieben hat, war 1872 am Streit zwischen dem Anarchisten Bakunin und Marx, und an der verschiedenen Beurteilung der Pariser Commune (1871) gescheitert. - Die Zweite Internationale (1889) war zu Beginn des Ersten Weltkrieges auseinandergefallen und 1917 durch die bolschewistische Oktoberrevolution und die 1919 erfolgte Gründung der Kommunistischen Internationale definitiv zerbrochen. - Die Sozialistische Arbeiter-Internationale, 1923 in Hamburg gegründet, hatte dem Ansturm des Faschismus aller Farben nichts Entscheidendes entgegenzusetzen können, obgleich es in der Beurteilung des "Angreifers" und seiner Freiheitsfeindlichkeit diesmal keine Meinungsverschiedenheiten unter Sozialisten gab. Wohl aber gab es erhebliche Differenzen in der politischen Strategie der Parteien, die zum Teil in weltanschaulichen Bindungen wurzelte.

Die nach dem Kriege 1946 gegründete lose Vereinigung der "Internationalen Sozialistischen Konferenz (ISK)" hatte sich insbesondere nach dem neu aufgebrochenen offenen Kampf zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten als unzureichend erwiesen - ihr fehlte die moralische Autorität und eine programmatische Grundlage ihrer Existenz. Um sich vor neuen Illusionen zu bewahren, sollten die Parteien eine Bestandsaufnahme ihrer politischen und prinzipiellen Überlegungen vornehmen und danach gemeinsam eine Prinzipienklärung ausarbeiten, an der sich ihr öffentliches Auftreten orientieren sollte. Diese "Erklärung", später bescheiden als "Ziele und Aufgaben des demokratischen Sozialismus" bezeichnet und am 3. Juli 1951 auf dem Gründungskongreß der neuen Internationale in Frankfurt/M. beschlossen, wurde ihrerseits viel zu wenig beachtet - und doch ist sie in vieler Hinsicht maßgebend gewesen für die Neugestaltung der Programme der Mitgliedsparteien der Internationale. So wird unter dem Eindruck der fragwürdigen politischen und ökonomischen Wirkung einer zentralen Verwaltungswirtschaft die Dezentralisierung der Wirtschaft, die Rücksicht auf ihren "privaten Sektor" und die öffentliche Kontrolle wirtschaftlicher Macht, auch durch Gemeineigentum, gefordert. Wichtiger noch ist aber die Präambel des Dokuments. Zwei ihrer Absätze mögen zeigen, wie weitgehend die Lehren waren, die man in Frankfurt aus der Vergangenheit gezogen hat:

"Der demokratische Sozialismus ist eine internationale Bewegung, die keinesfalls eine Gleichförmigkeit der Auffassungen verlangt. Gleichviel, ob Sozialisten ihre Überzeugung aus den Ergebnissen marxistischer oder anders be-

gründeter sozialer Analysen oder aus religiösen ¹⁾ oder humanitären Grundsätzen ableiten, alle erstreben ein gemeinsames Ziel, eine Gesellschaftsordnung der sozialen Gerechtigkeit, der höheren Wohlfahrt, der Freiheit und des Weltfriedens (Abs. 11)".

Dieser Vielfalt in der Begründung des einheitlichen Zieles folgt nicht weniger deutlich die Abkehr von jeder Art eines historischen Fatalismus:

"Der Sozialismus wird sich nicht zwangsläufig erfüllen. Seine Verwirklichung erfordert die Anstrengung aller seiner Teilnehmer. Im Gegensatz zu totalitären Systemen, die dem Volk eine passive Rolle auferlegen, erheischt der Sozialismus die aktive Teilnahme des Volkes zu seiner Verwirklichung. Er wird dadurch zur höchsten Form der Demokratie (Abs. 13)".

Ein Blick in frühere Partei-Programme und Beschlüsse der Internationalen zeigt die neue Grundhaltung über den Weg, den die demokratischen Sozialisten vor sich sehen. Über das allgemeine Ziel, wenn man will: über das "Endziel", das niemals als aktuelle Tagesaufgabe angestrebt werden kann, sondern das als Leitstern vor jeder sozialistischen Aktivität steht, war man sich eigentlich immer, auch in Frankfurt, einig: "Die Sozialisten ringen um eine Welt des Friedens in Freiheit, um eine Welt, die die Ausbeutung und Knechtung von Menschen durch Menschen und von Völkern durch Völkern ächtet, um eine Welt, in der die Entwicklung der Persönlichkeit des einzelnen die Voraussetzung ist für die fruchtbare Entwicklung der ganzen Menschheit".

1) Es entsprach nur dem Geist dieser Formulierung, daß die Internationale vom 9. bis 11. März 1953 in Bentfeld (Holland) eine Sonderkonferenz über das Thema "Sozialismus und Religion" einberief, die in fünf Abschnitten ihrer Resolution diese Grundthese vertritt: "Die sozialistische Politik ist daher die praktische Auswirkung einer Ethik, die sowohl aus religiösen als auch aus nicht-religiösen Quellen fließen kann". Eine Fortsetzung dieser Konferenz, und also ein Beschluß der Internationale über dieses Thema hat nicht stattgefunden.

(-/cc, 28.6.1971/ks)